

## **Wo steht die Solidarwirtschaft heute in Luxemburg ?**

Es ist still geworden um den Begriff « Solidarwirtschaft ». Man hört nicht mehr viel über Projekte die sich dieses Konzept zu eigen machen und noch weniger wurde eine politische Diskussion zu diesem Thema weitergeführt.

Das Ressort « Solidarwirtschaft » unterstand in der vergangenen Legislaturperiode dem Wirtschaftsministerium und wurde jetzt in der neuen Regierung dem Arbeits- und Beschäftigungsministerium zugeordnet und heißt von nun an « Sozial- und Solidarwirtschaft ». Von einem dritten ökonomischen Pfeiler, nebst dem öffentlichen und dem privaten Sektor geht keine Rede mehr. Somit geht die eigentliche politische Dimension der Solidarwirtschaft verloren.

Diese Dimension wurde durch das Gesetz von 2009 betreffend den « Rétablissement du Plein Emploi » eher berücksichtigt indem festgehalten wurde dass staatliche Gelder bereitgestellt werden für, einerseits die « Initiatives sociales pour l'emploi », welche Projekte zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen betreiben und andererseits für die sogenannten solidarwirtschaftlichen Betriebe welche sozio-ökonomische Aktivitäten anbieten die der Allgemeinheit dienen.

Durch die Unterstützung dieser, für die Gesellschaft wichtigen Dienste, hatte der Staat mit diesem Gesetz die Aufgabe übernommen sich mit den beiden Konzepten um das Allgemeinwohl seiner Bürger zu kümmern. Dies soll nun geändert werden und es sollen nur noch die Wiedereingliederungsinitiativen vom Staat bezuschusst werden. Die sozio-ökonomischen Akteure sollen sich auf dem freien Markt, wie ein profitorientiertes Privatunternehmen behaupten.

Damit will man das duale System, öffentlicher- und privater Sektor, festigen und die Einführung eines dritten Sektors wird ausgeschlossen obwohl dies im Wahlprogramm der Sozialisten sowie in der Regierungserklärung von 2009 ausdrücklich befürwortet wurde.

Damit aber nicht der Eindruck entsteht Sozial- und Solidarwirtschaft würden in Luxemburg nicht mehr existieren, lässt man eine Studie vom STATEC mit dem Titel « Einschätzen der Sozial- und Solidarwirtschaft in Luxemburg » anfertigen, um zu beweisen, dass es diesen Bereich sehr wohl in Luxemburg gibt. International « anerkannte » Kriterien (die OECD lässt grüßen) werden hierzu herangezogen. Bestandsaufnahmen von verschiedenen europäischen Ländern werden angeführt und versucht auf Luxemburger Verhältnisse anzupassen. Das Resultat ist ansehnlich und die Hauptaussagen lassen aufhorchen. In Luxemburg liegt somit der Anteil der Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft um die sieben Prozent und das sind immerhin an die 25 000 Menschen.

Wie kommt man an solche Zahlen ? Das ist keine Zauberei, sondern beruht auf der Definition des Perimeters der Sozial- und Solidarwirtschaft, das heißt, welche ökonomischen Aktivitäten oder welche Betriebe rechnet man dazu und welche nicht. Entschließt man sich zu einer Ansicht die besagt, dass Anbieter im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Bereich der Kinderversorgung, Altenpflege, profitorientierte Privatunternehmen, usw. dazu gehören, so wird diese Zahl absolut verständlich. Nur

wissen, oder wussten diese « Unternehmer », dass sie in diesem Bereich der Statistik aufgeführt werden und sind sie, oder wollen sie, die damit einhergehenden Konzepte (oder unverbindlichen Verpflichtungen) der Solidarwirtschaft mittragen ?

Am Ende der Studie wird angemahnt, dass in Zukunft auch eine politische Debatte zu diesem Thema stattfinden muss. Doch es wird vermieden diese Dimension anzugehen und man kann feststellen dass die zum Schluss zitierten Referenzautoren für eine bestimmte Sicht und der Regierung genehme Auslegung der Konzepte, in der Wissenschaft stehen.

Jean-Louis Laville zum Beispiel, hat eine andere Sicht der Dinge und diese wäre sehr interessant für die Definition der Ziele der Studie gewesen. Einer der weltweit bedeutendsten Wissenschaftler im Bereich der Solidarwirtschaft hielt im Herbst 2012 eine Konferenz in Luxemburg ab. Er referierte über die nahe Zukunft der Solidarwirtschaft in Europa und der Welt.

Laville beschrieb drei Szenarien, die sehr schnell in den nächsten Jahren eintreten könnten. Er befürchtet dass die Entwicklung dorthin gehen wird dass :

Erstens, der Staat sich den Teil der Solidarwirtschaft aneignen wird, welcher die Anbieter im Bereich der Wiedereingliederung von Arbeitslosen betrifft, um so eine bessere Kontrolle über diese Menschen zu haben und die Kosten besser steuern zu können.

Zweitens, die Privatwirtschaft die neuen « Märkte », die auf Basis der gemeinnützigen Projekte der Solidarwirtschaft entstanden sind, für sich beanspruchen und übernehmen wird. Dies findet bereits statt und wird unter dem Begriff « social business » vorangetrieben.

Drittens, die originäre basisdemokratische Form der alternativen Wirtschaftsgestaltung, wie sie seit den 90ziger Jahren unter der Bezeichnung Solidarwirtschaft experimentiert und praktiziert wurde, riskiert ausgebootet und ausgelöscht zu werden.

Ein dritter Sektor passt eben nicht in das ausgestaltete neoliberale Zusammenspiel des öffentlichen- und privaten Sektors. Dies wird umso deutlicher wenn man das trojanische Pferd des « Private Public Partnership Konzeptes » näher betrachtet. Dieses Konzept verhindert alle legitimen und demokratischen Ambitionen der Bürger durch vorher abgekartete Prozesse im Dualsystem. Es verhindert genauso die Ambitionen einer bürgerinitiierten Solidarwirtschaft und damit auch die Schaffung eines dritten Wirtschaftspfeilers.

Die angesagte Umsetzung des Konzeptes der sozialen Selektivität wird diese Entwicklung noch weiterführen und verstärken und den neoliberalen Druck auf die Menschen in den nächsten Jahren weiter verstärken. Die Schere zwischen Arm und Reich wird somit noch weiter geöffnet werden.

Romain Bieber

Member of the board of the « International Consortium for Social Development » (ICSD)